



**Stadt
Luzern**
Grosser Stadtrat

Postulat Nr. 532 2004/2009

Eingang Stadtkanzlei: 20. Juli 2009

Informatikstrategie: Open Source Software einführen

Eine Vielzahl von öffentlichen Verwaltungen hat in den letzten Jahren das Betriebssystem Linux eingeführt. Dazu gehören beispielsweise der Kanton Solothurn und die Stadt München. Auch haben zahlreiche Firmen auf Open Source Software umgestellt. Auf nationaler Ebene hat sich die „Parlamentarische Gruppe Digitale Nachhaltigkeit“ gegründet, die sich für den vermehrten Einsatz von Open Source Software einsetzen will; die Begründung ist in Form einer Medienmitteilung diesem Postulat beigefügt.

Als Vorteile einer solchen Informatikstrategie werden erwähnt:

- Erhöhung der Betriebssicherheit
- Unabhängigkeit im IT-Bereich wird gefördert
- Informatikkosten können teilweise gesenkt werden und werden lokal und nicht bei einem multinationalen Konzern aufgewendet

Die guten Erfahrungen im Kanton Solothurn zeigen, dass es sich finanziell und technisch durchaus lohnt, Open Source Software einzuführen. Wir bitten daher den Stadtrat, eine genaue Prüfung einer solchen Informatikstrategie für die Stadtverwaltung und die Betriebe mit Beteiligungsmehrheit vorzunehmen.

Andreas Wüest
namens der SP-Fraktion

Anhang:

Medienmitteilung der Parlamentarischen Gruppe Digitale Nachhaltigkeit

Stadt Luzern
Sekretariat Grosser Stadtrat
Hirschengraben 17
6002 Luzern
Telefon: 041 208 82 13
Fax: 041 208 88 77
E-Mail: grstr@stadtluzern.ch
www.stadtluzern.ch

Nationalräte gründen «Parlamentarische Gruppe Digitale Nachhaltigkeit»

Die Bundesverwaltung setzt trotz verschiedenen politischen Vorstössen immer noch vorwiegend proprietäre Software ein, während dem umliegende Länder längst die Vorteile von Open Source Software und offenen Standards erkannt haben und nutzen. Aus diesem Anlass haben Nationalräte der CVP, SP, FDP, EVP, GLP und Grünen die «Parlamentarische Gruppe Digitale Nachhaltigkeit» gegründet.

Open Source Software hat substantielle volkswirtschaftliche Vorteile: Eine Studie der Europäischen Kommission schätzt, dass europäische Unternehmen bereits heute im Durchschnitt 36% ihrer IT-Ausgaben sparen dank des Einsatzes von Open Source Software¹. Viele Länder, Regionen und Städte der EU² haben das Potential von Open Source Software erkannt und setzen strategisch auf diese frei verfügbare und veränderbare Software – bloss die Schweiz scheint seit Jahren keine Fortschritte zu erzielen.

Obwohl auf dem Papier eine «Open Source Strategie Bund» oder eine «E-Government Strategie» den Einsatz von Open Source Software schon länger vorgeben, ist die Realität in der Bundesverwaltung eine andere. Seit acht Jahren werden politische Vorstösse für den vermehrten Einsatz von Open Source Software vom Bundesrat sehr zurückhaltend beantwortet. Entsprechend einfach haben es internationale Software-Konzerne, ihre Lizenzpreise mittels Salami-Taktik in kleinen, aber steten Tranchen einzufordern. Neue Ideen, innovative Konzepte und mutige Schritte sind notwendig, um aus dieser Einbahnstrasse der Abhängigkeit auszubrechen und die Wertschöpfung vermehrt in der Schweiz zu halten. Denn Open Source Software hilft Steuergelder effizient einzusetzen, erzeugt attraktive Arbeitsplätze in der Schweiz und lässt Software-Produkte differenzierter entwickeln. Damit wird der IT-Markt vergrössert, der Wettbewerb verbessert und die Stellung der Schweiz in der internationalen Software-Branche gesichert.

Um diesen Prozess auf politischer Ebene zu fördern und künftig auch weitere Themen wie Open Content und Open Access in die nationale Politik zu bringen, wurde die «Parlamentarische Gruppe Digitale Nachhaltigkeit» von sechs Nationalräten gegründet. Walter Donzé (EVP Kt. Bern), Edith Graf-Litscher (SP Kt. Thurgau), Kathy Riklin (CVP Kt. Zürich), Alec von Graffenried (Grüne Kt. Bern), Christian Wasserfallen (FDP Kt. Bern) und Thomas Weibel (GLP Kt. Zürich) haben sich von Informatik-Experten aus der Verwaltung und Wirtschaft informieren lassen und werden in den nächsten Wochen verschiedene Vorstösse ausarbeiten. In der Sommer-Session des Parlamentes werden die Vorstösse eingereicht, um das Potential von Open Source Software und offenen Standards für die Schweizer Wirtschaft und die öffentliche Verwaltung zu aktivieren.

Kontakte «Parlamentarische Gruppe Digitale Nachhaltigkeit»

Co-Präsidenten: Nationalrätin Edith Graf-Litscher (SP Thurgau), Nationalrat Christian Wasserfallen (FDP Bern)

Sekretariat: Matthias Stürmer, matthias.stuermer@ch-open.ch, +41 76 368 81 65 Swiss Open Systems User Group /ch/open, Postfach 2322, 8033 Zürich, www.ch-open.ch

Romandie: François Bianco, fbianco@swisslinux.org, +41 79 568 34 59, www.swisslinux.org

¹ <http://ec.europa.eu/enterprise/ict/policy/doc/2006-11-20-flossimpact.pdf>

² http://www.osor.eu/case_studies